



Protokollauszug

aus der
30. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses
vom 19.05.2022

öffentlich

**Top 8.2 Maßnahmen- und Förderplan Chancengerechtigkeit 2021-2022
22/SVV/0346
ungeändert beschlossen**

Herr Dr. Lucic, Bildungsmanager der Landeshauptstadt Potsdam, bringt die Beschlussvorlage anhand einer Präsentation ein (**Anlage 5**).

Frau Dr. Müller lobt die Überarbeitung. Es sei eine sehr gute Grundlage für die Weiterarbeit. Sie regt an, dass man die verschiedenen Zugänge von verschiedenen Akteuren zu den Maßnahmen erfassen sollte. Ein differenziertes Bild ermögliche zielgerichtete Maßnahmen abzuleiten. Herr Dr. Lucic verweist auf das geplante stadtweite Dialogbündnis, welches nach dem Beschluss des Maßnahmen- und Förderplans aufgestellt werde.

Sozialpädagogische Unterstützungsangebote sollten nicht nur in Gemeinschaftsunterkünften im Fokus stehen, appelliert Frau Beck, sondern auch für die, die in Wohnungen leben. An dieser Stelle sollten auch Dolmetscherleistungen berücksichtigt werden.

Die Umsetzung der Maßnahmen, gemeinsam mit dem Dialogbündnis, erfolge mit einem Budget von 100.000 Euro für jeweils 2021 und 2022 sowie einige Projekte separat mit anderen Haushaltsgeldern. Im Vorfeld habe man gemeinsam mit der Steuerungsgruppe gegen Kinderarmut einen breit angelegten Abwägungsprozess gestartet, um zu analysieren, welche Maßnahmen in Stadt gefördert und/oder ausgebaut werden müssten. Restliche Mittel würden für Bereiche, die nach der Corona Pandemie besonders betroffen seien, eingesetzt. Frau Frenkler weist darauf hin, dass die 100.000 Euro für die steigenden Probleme nicht ausreichen würden und man vor allem zum Ende des Jahres die Situation nochmal neu bewerten müsse. Was brauchen Kinder und Familien in der Stadt, deren vorhandenes monatliches Budget nicht ausreiche. Sie fragt, ob es weitere Pläne gebe die aktuelle Situation zu bewerten. Sie bittet darum die freien Träger in Zukunft weiterhin mit einzubeziehen. Eine erste Bilanz werde laut Dr. Lucic zum Ende des Förderzeitraumes gezogen.

Frau Schultheiss weist daraufhin, dass man Frau Buhr in die zukünftige Arbeit miteinbeziehen müsse. Dies sei bereits durch die Steuerungsgruppe gegen Kinderarmut gewährleistet.

Es wird angeregt den Armutsbericht des Geschäftsbereiches 3 Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit mit dem Maßnahmen- und Förderplan Chancengerechtigkeit abzugleichen.

Herr Reimann verweist abschließend darauf, dass man auch weiterhin die Möglichkeit der Anträge durch die Mitglieder im Ausschuss nutzen solle, um Maßnahmen einzuleiten.

Herr Reimann stellt die Drucksache zur Abstimmung.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Den Maßnahmen- und Förderplan Chancengerechtigkeit 2021-2022.